

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 1

Artikel: Die Deutschen in Europa : auf dem Weg zu einer zwischenstaatlichen Innenpolitik
Autor: Stürmer, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Stürmer

Die Deutschen in Europa

Auf dem Weg zu einer zwischenstaatlichen Innenpolitik

Es sei gegen die deutsche Einheit nichts einzuwenden, sagte Lord Palmerston vor genau 140 Jahren, «*ausser dass niemand sie scheint zustande bringen zu können*». Palmerstons Wort, so scheint es, resümierte die Lage bis zu der neuen deutschen Revolution des Herbstes 1989. Unterdessen verdeckt der Diskurs um Begriff und Bedeutung von «Wiedervereinigung», dass die *einen* Deutschen und die *anderen* Deutschen sich tatsächlich auf dem Weg befinden zu einer Form zwischenstaatlicher Innenpolitik, wie sie in vierzig Jahren Deutschlandpolitik zwar immer angelegt, aber nie zu realisieren war, und wie sie in Westeuropa längst zum Alltag gehört.

Zwischenstaatliche *Innenpolitik*: der Begriff dürfte auf absehbare Zeit — aber was ist heute schon absehbar? — Chancen und Grenzen der Entwicklung in der Mitte Europas umreißen. Um Innenpolitik geht es, weil die unumkehrbare Reisefreiheit der Deutschen in der DDR zusammen mit der schon aus Berlin-Gründen unaufgebbaren *einen* deutschen Staatsangehörigkeit Bonn und Brüssel kaum eine Wahl lassen, als Infrastruktur, Umwelt, Kliniken usw. im armen Teil Deutschlands als eigene Sache zu betrachten, und wäre es aus keinem anderen Grunde als dem, die Menschen in Dresden und Leipzig, in Löbau und Güstrow zum Bleiben zu überreden.

Aber es geht auch um *zwischenstaatliche* Politik. Denn wie sich die Mehrheiten auf die Dauer entscheiden, ist noch nicht ausgemacht; deutlich ist vorerst, dass die Einheit, sobald sie sich dem Osten als Systemfrage und dem Westen als Umverteilungsfrage stellt, die Meinungen teilen und die Gefühle mischen wird. Zuletzt und vor allem gibt es da die jüngeren Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und die älteren Russlands: Es mag sein, dass der Warschauer Pakt einmal zur Disposition gestellt wird, es mag selbst sein, dass die bilateralen Beistandsverträge, die der Kreml mit seinen Ex-Satelliten hat, neu verhandelt werden. Dass die Sicherheitszone der Sowjetunion bis zur Elbe reicht und dass Moskau auf einem Rest an staatlicher Souveränität der DDR besteht, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unübersehbar. Innerhalb dessen ist EG-Assoziation möglich, eine nicht-kommunistische Regierung, Freizügigkeit und vieles andere. Ob es in Zukunft einmal weiter geht, hängt wesentlich vom Fortgang der Perestroika ab — der ist alles andere als gewiss — und von der Stabilität des Ost-West-Verhältnisses.

Deutlich ist endlich, dass das deutsche Drama nicht getrennt bleibt zwischen Akteuren Ost und Zuschauern West. Die Rollen werden sich vermischen im zweifachen Wahljahr 1990 und noch mehr darüber hinaus. Für die Stabilität der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft, die Westintegration und die atlantische Sicherheit kommt die Stunde der Wahrheit. *En route* zu einer zwischenstaatlichen Innenpolitik stellen sich viele Fragen neu, vor allem die Deutsche.

Die Nachkriegszeit ist zu Ende

Die Deutsche Frage aber hat einen falschen Namen. Nie in der Geschichte war sie Eigentum der Deutschen, am wenigsten ist sie es seit 1945. Auch liegt in diesem Begriff die Implikation, dass, wo es eine Frage gibt, auch eine Antwort wartet. Die Deutsche Frage aber gehört zu jenen, die wohl niemals ohne kontroversen Rest einer Lösung zuzuführen sind, so wie die Palästina-Frage seit der Bibel oder die Dardanellen-Frage seit Homers Ilias. Die Abwesenheit jenes Friedensvertrags, der in Potsdam 1945 in Aussicht genommen wurde, um die Sieger beisammen und die Deutschen unter Kontrolle zu halten, ist das deutlichste Zeichen solcher Unlösbarkeit: Die Vorstellung mancher Leute, es müssten die Diplomaten nur fleissig an die Arbeit gehen und die Einheit beschliessen und dann werde unterschrieben, verkennt die Tatsache, dass 1945 und danach die Teilung Deutschlands die Gestalt des Kontinents und die Verteilung der Macht über grosse Teile der Erde wie auch die Verweigerung bestimmte, welche die eine Weltmacht dem Weltentwurf der anderen in der Mitte Europas entgegensetzte. Daraus entstand die Teilung. Sie wird nicht durch einen Willensakt der Vier Mächte aus der Welt geschafft. Nichts würde den Beteiligten heute mehr Verlegenheit schaffen als eine Konferenz über Deutschland. Die nuklearen Weltmächte müssen beizeiten die Grenzen ihrer Toleranz signalisieren. Aber gestalten können sie die europäische Mitte nicht mehr. Wer aber tut es dann?

Heute gilt, was Ian Davidson in der «Financial Times» vom 11. September 1989 über Perestroika und die europäischen Auswirkungen schrieb: «*The key unknown, at the fault line of Europe, is Germany.*» Gorbatschow, die ungarische Regierung und 20 000 Flüchtlinge der ersten Stunde haben eine Bewegung ausgelöst, deren Ziel und Ende noch nicht bestimmt sind. Die Nachkriegszeit ist zu Ende: Die Deutsche Frage wird heute nicht mehr allein weltpolitisch gestellt, es geht nicht um Herstellung einer grösseren Bundesrepublik oder gar — woran Ulbricht und Honecker in ihren besten Zeiten glaubten — eines «sozialistischen Deutschland». Es geht gegenwärtig um Menschenrechte, die Glaubwürdigkeit des Westens, die Überlebens-

fähigkeit einer anderen DDR und die aussenpolitische Absicherung der Perestroika — und leider auch um ihre aussenpolitische Gefährdung.

Grosse weltpolitische Fragen sind zu manchen Zeiten unlösbarer als zu anderen. Seit zwei, drei Jahren gab es Anzeichen, heute die Gewissheit, dass die Gestalt der Deutschen Frage, im Kalten Krieg eingefroren und konstitutiv für die europäische Nachkriegsordnung, sich verändert. In der Bundesrepublik stellen sich alte Fragen neu, vor allem die nach Westbündnis und Einheitsstreben, aber auch die nach dem Verhältnis zur Sowjetunion. In der DDR gab es schon vor dem 7. Oktober die Einsicht, dass dieser Staat so, wie er ist, nicht überdauern kann, nicht innenpolitisch und nicht aussenpolitisch, dass er zum internationalen Krisenherd würde und zum Gefährdungsherd der Perestroika, wenn nichts Eingreifendes geschieht. Als Gorbatschow in Ost-Berlin hörbar sagte: «*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben*» — da war es um das Trauma von 1953 geschehen, um die Angst vor den Russen, und die SED-Herrschaft der alten Form war schon verloren. Wo aber hat das alles begonnen?

1982 schrieb der Franzose Pierre Hassner, Aron-Schüler und strategischer Kopf, die Deutsche Frage bewege sich. Er meinte die innenpolitischen Rückwirkungen der Raketenkrise, die in der Tat vieles angestossen und ins Bewusstsein gehoben hat, was vergessen war oder verdrängt:

- die geostrategische Lage des geteilten Deutschlands im Zentrum des geteilten Kontinents;
- die existentielle Abstützung europäischer Sicherheit auf die nukleare erweiterte Abschreckung durch Amerika;
- die Last der nuklearen Abschreckung, die den Deutschen am schwersten wurde und die, seitdem das INF-Abkommen von 1987 den Sowjets ein begrenztes Veto über die Rüstung der NATO einräumte, die «*fire-break*»-Theorie sich durchsetzte und die Deutschen sich auf der falschen Seite der «*Feuerschneise*» finden, im Zeichen des SNF-Konflikts im Frühjahr 1989 wieder spürbar wurde;
- die Last des Nuklearen wird neu verteilt, und das Land, das wegen seiner Lage und seiner Vergangenheit am wenigsten nukleare Teilhabe hat, muss die grösste Last tragen. Das gilt in quantitativem Sinn für die Zahl der Gefechtsköpfe. Es gilt aber auch in qualitativem Sinn, weil nach dem INF-Abkommen die Kette der Eskalation und damit der Koppelungen eine Sollbruchstelle enthält im Mittelstreckenbereich, das heisst in Mitteleuropa.

Wer aber glaubt, dass solche Erfahrungen und Einsichten ausschliesslich die «*strategic community*» bewegen, der verkennt, dass das nukleare Mysterium den Händen der strategischen Priesterkaste längst entglitt. Die Übersetzung der Bibel in die Volkssprachen hat stattgefunden, und die Deutsche

Frage ist damit qua Strategie, aber auch qua Massenbewegungen seit einem Jahrzehnt neu gestellt. Sie wird nicht so bald zur Ruhe kommen.

Denn inzwischen sind andere historische Bewegungen in Gang, die nicht nur Rolle und Funktion des geteilten Deutschlands verändern, sondern den gesamten Rahmen der Deutschen Frage umformen. Der Bonner Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz hat unlängst die Frage nach Gesicht und Gefüge des postkommunistischen Europa aufgeworfen und als Ausgangspunkt drei Bewegungen skizziert:

1. Europa erlebe den inneren Zusammenbruch des Kommunismus als Idee und Praxis zur Organisation von Grossgesellschaften. Das sei ein welt-historischer Vorgang erster Ordnung, dessen mittelfristige und langfristige Auswirkungen sich erst in Umrissen erahnen lassen. Was aus dem Zusammenbruch entstehe, sei noch nicht absehbar. Aber 40 Jahre ostmitteleuropäischer Abkoppelung von der Moderne gehen zu Ende. In der einen oder anderen Form werde es zu einer Wiedervereinigung Europas kommen.

2. Der Prozess der europäischen Integration im EG-Rahmen habe eine Qualität erreicht, in der die beteiligten Staaten ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik — Zentralelemente moderner Souveränität — nicht mehr autonom bestimmen können. Westeuropa befinde sich inmitten eines Entwicklungsprozesses, aus dem eine neuartige politische und wirtschaftliche Einheit entstehen muss — «man kann diese nun Föderation, Union oder Konföderation nennen».

3. Parallel dazu gehe das amerikanische Jahrhundert zu Ende. Die Vereinigten Staaten würden zwar weiterhin stärkste Macht in der Gemeinschaft der nordatlantischen Demokratien bleiben. Doch die Tage, da sie als Hegemonialmacht und alleinige Schutzmacht Westeuropas begriffen werden konnten, seien gezählt.

Eine vierte Bewegung ist in den Revolutionen Osteuropas zu erkennen: Polen, Ungarn, die DDR und zuletzt die Tschechoslowakei. Die Dominotheorie stimmt, aber anders als erwartet. Deutlich ist, dass die stalinistischen Bauformen nicht mehr haltbar sind. Was aber heisst das für die Aussenpolitik? Das östliche Mitteleuropa sucht eine neue Gestalt — soweit die sowjetische Duldung reicht und soweit der Westen Solidarität zeigt und dessen inne wird, dass sein eigenes Schicksal auf dem Spiel steht, zu allererst das deutsche. Hier liegt im übrigen ein Potential für Dissens im Westen, welches die Staatskunst der Europäer herausfordert.

Die deutsche Frage bleibt

Russland wird ein mächtiger und schwieriger Nachbar bleiben. Aber die Ideen des Kalten Krieges haben sich überlebt. Damit aber ist auch ein Teil der *raison d'être* der deutschen Teilung obsolet. Willy Brandt hat pointiert

(«Die Welt» vom 4. September 1989): «Wenn von Gesamteuropa die Rede ist, dann führt nichts an Deutschland vorbei. Dann ist das deutsche Thema auch auf der Tagesordnung.» Der Begriff der Tagesordnung mag zu suggestiv sein. Eine Tagesordnung wird erledigt. Die Deutsche Frage indes wird bleiben. Aber sie wird ihre Gestalt wandeln — vielleicht zum Besseren.

Daher kommt es heute darauf an, dass dieser Wandel

- Stabilität und Frieden sichert und nicht gefährdet;
- die westeuropäische Integration nicht beschädigt wird, sondern über ihre wirtschaftlichen Ziele hinaus Gestaltungskraft und politische Dynamik gewinnt, nicht zuletzt im Blick auf das Ziel, die Osteuropäer wirtschaftlich und monetär EG-fähig zu machen — was immer dann daraus folgt;
- die atlantische Sicherheit Westeuropas nicht von innen aufs Spiel gesetzt oder von aussen zum Gegenstand eines Handels gemacht wird;
- die Freiheit im westlichen Deutschland nicht Schaden nimmt durch Irrungen und Wirrungen in bezug auf die Wandlungen im anderen deutschen Staat, deren Ziel und Ende noch offen sind und jedenfalls die Kräfteverteilung in der Bundesrepublik und ihre Lage im internationalen System tief verändern werden;
- der KSZE-Prozess gesichtswahrende und evolutionäre Lösungen zwischen Ost und West abstimmen und herbeiführen hilft.

Das veränderte Ost-West-Verhältnis kann man in dem Satz zusammenfassen: Die Bedrohung sinkt, die Gefahr steigt. Das gibt der Umgestaltung der deutschen Dinge eine Chance, mahnt aber zugleich zu Umsicht und Behutsamkeit. Dabei muss man sich in Deutschland vor der Illusion hüten, die deutsche Einheit gelte als eine Art Allheilmittel für Europas Probleme. Diese Auffassung wird nur von wenigen geteilt, und den meisten war lange Zeit der Status quo ein bequemer Mantel. Jetzt aber fällt dieser Mantel. Das fordert und fördert das Nachdenken über die Veränderung: Sie braucht Richtung und Begriffe. Die deutsche Einheit aber hängt dabei nicht wie eine reife Frucht am Baum der Geschichte, der nur mit Reden und Resolutionen geschüttelt werden muss. Die Deutschen werden sich wohl noch mehr über Gestalt und Inhalt der Einheit streiten als ihre Nachbarn.

Es gilt in der Tat: Wenn Europa und seine Peripherie, d. h. Amerika und das Sowjetimperium, in Bewegung geraten wie in dieser Zeit, dann wird die Deutsche Frage nicht stillstehen. Als Klammer der Systeme ist sie schon lange nicht mehr geeignet, als Ausgleichsmasse eignet sie sich auch nicht. Für den grossmütigen Verzicht auf die Einheit, der den Deutschen mitunter angeraten wird, fehlt Bonn und Ost-Berlin nicht nur die Verfügung über die Viermächte-Rechte. Es würde auch jede Regierung, jede Partei, die derlei ausspräche, die Legitimationsgrundlagen der Bundesrepublik erschüttern

und eine Ressentiment-Bewegung schaffen von Weimarer Format. Das Problem aus der Welt zu definieren, ist nicht möglich. Man muss sich ihm stellen. Und ein Eisen kann man nur schmieden, solange es heiss ist.

Vor allem gilt, dass die Rolle der DDR sich ändern wird, von innen und von aussen. Von innen schon deshalb, weil das alte Regime alle Legitimität verspielte bei Sozialisten und Nicht-Sozialisten und sie durch Opferung alter Führungsfiguren nicht so leicht zurückzugewinnen wird. Es bleiben Fragen, die bis zu Spaltung der SED führen können, rechtzeitig vor den Wahlen. Im Herbst dieses Jahres war die Konstellation nicht länger haltbar. Die Menschen waren Unmündigkeit und Kontrolle leid.

Generationenkonflikt

Heute ist die alte Wirtschaftsmisere auch die neue. Geschieht nichts Eingreifendes, politisch und wirtschaftlich, dann werden die Menschen weiter weggehen, vor allem die jungen, jetzt noch mit Visumstempel und demnächst auch ohne. In den politischen Protest mischt sich der Generationenkonflikt mit denjenigen, die sich mit dem Regime arrangierten, noch mehr mit denjenigen, die es stützten. Von Moskau aus wurde schon der alten SED-Führung verdeutlicht, dass ihr niemand mit Gewalt helfen werde, wenn sie sich nicht selbst durch Vernunft hilft: Vorerst heisst die Antwort Modrow. Von aussen können die Reformbewegungen in der Sowjetunion und in Osteuropa, so unterschiedlich und vielleicht gegensätzlich sie bleiben, viel bewirken, und die Schlüsselrolle liegt in Moskau, aber auch in Warschau. In der Bundesrepublik aber ist vieles in Bewegung geraten: von der geschichtlichen Erinnerung bis zum nuklearen Nachhilfeunterricht, vom Generationswandel bis hin zur Neuentdeckung des kulturellen «Mittleuropa». Und auf Dauer kann auch der Knoten, der zwischen 1944 und 1948 über die Deutsche Frage gelegt wurde, nicht unverändert bleiben.

«*Ein Deutschland*», so konnte man auf dem Titelblatt der Londoner Wochenzeitung «*The Economist*» im vergangenen Sommer lesen, gotisch auf deutsch über ein schwarz-rot-goldenes Farbband gedruckt. Die Folgerung der Briten, die in deutschlandpolitischen Fragen oft eine ruhige und gute Prognosefähigkeit zeigen: Es werde Zeit für den Westen zu sagen, was Artikel 7 Deutschlandvertrag in der realen Welt bedeutet, durch den Amerikaner, Briten und Franzosen sich auf die nationalen Ziele der Bundesrepublik verpflichteten im Gegenzug zur Westbindung der Deutschen: Man wird nicht so tun können, als sei das alles 1951 nur so dahingesagt oder dahingeschrieben worden. Und es wird auch Zeit für die Bundesrepublik und die führenden politischen Kräfte im Lande zu sagen, wie im Europa der Jahrtausendwende «*la chose allemande*» (de Gaulle) aussehen kann und soll. Die Metapher von der Geschichte, die das alles richten werde, war

schon vor dem 9. November nicht mehr gut genug. Es geht dabei nicht nur um Westeuropa, sondern um die Architektur Gesamteuropas, und in ihrer Mitte auch um die Gestalt und Substanz der Bundesrepublik Deutschland.

Denn die Deutsche Frage in der Geschichte lautete in ihrer historischen Form nicht anders als die Deutsche Frage der Gegenwart: Wem Deutschland gehört, und wohin die Deutschen gehören. Die Komponenten dessen, was man die Deutsche Frage nennt, sind historisch, politisch und völkerrechtlich von unterschiedlicher Art, und darin liegt schon die erste Schwierigkeit. Zum aktuellen politischen Bestand der Deutschen Frage gehört der Status von Potsdam 1945. Er umfasst die Drei- respektive Viermächtekontrolle *über* Deutschland als Ganzes — die in freundlicher Form auch Viermächteverantwortung *für* Deutschland heisst. Dazu gehört weiter der Status von Gross-Berlin, wo die Alliierten die Souveränität des Deutschen Reiches qua occupatio bellica übernahmen und sie bis heute niemandem zurückgaben; es gehören dazu die enemy-nation-Klausel der Charta der Vereinten Nationen, aber auch die Grenzen von 1937 als *«starting point»* in Potsdam für die anschliessende Verteilung der Konkursmasse, über die bereits disponiert war. Und endlich gehört dazu die Abwesenheit jenes Friedensvertrages, den die Alliierten in Potsdam noch in Aussicht nahmen, um alle vorläufigen Regelungen einzusegeln. Das alles wird man erst zuletzt abschliessend regeln können im Nachvollzug der deutschen Hauptfragen. Den Vier Mächten bleibt ein Gegenzeichnungsrecht, und das ist wahrhaftig wichtig genug.

Denn es gehört auch, in einer neueren historischen Schicht, jener Status der deutschen Dinge dazu, der aus dem grossen Zerfall der Anti-Hitler-Koalition resultierte, als der ideologische Ost-West-Konflikt aufbrach, zuerst durch das Ringen um Polen, wo der Westen alles hinnahm, und dann durch das Ringen um Deutschland, wo der Westen Stalin entgegentrat. Seit dieser doppelten Verweigerungsstrategie fand der Kalte Krieg seinen Brennpunkt in Deutschland. Die Bundesrepublik wurde ins Leben gerufen in dem 300-Kilometer-Sicherheitsstreifen zwischen Maas und Elbe: nicht Staat auf der Suche nach einer Aussenpolitik, sondern Nebenprodukt einer Aussenpolitik auf der Suche nach einem Staat. Provisorium zu sein, war Bedingung der Dauer.

Die dritte Eindämmung

Doppelte Eindämmung hat der Deutsch-Amerikaner Wolfram Hanrieder diesen Prozess genannt, Eindämmung der Sowjetunion pari passu mit Eindämmung der Deutschen Frage. Heute aber geht es um eine dritte Eindämmung, und sie betrifft die unausweichlichen Instabilitätsrisiken des

unausweichlichen Wandels, und da muss der Westen Zurückhaltung üben gegenüber dem, was im Osten vor sich geht, aber auch zähe Geduld und politisches Augenmass beweisen: Das wird nicht ohne die Bündnisse gehen, und schon gar nicht ohne ihre Kooperation. Dann aber kann das zweifache Deutschland eine starke Klammer bilden: darüber nachzudenken lohnt. Und umsonst wird das Ganze auch nicht sein. Wenn aber der Bundesrepublik allein die Sanierung der DDR überlassen würde, dann würde sie sich aussenpolitisch übernehmen und innenpolitisch zerstreiten, schon um die Frage, ob hier noch einmal Ludwig Erhard siegen soll oder der im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik gescheiterte «Dritte Weg». Wie auch immer die Antwort, sie wird die Bundesrepublik tiefgreifend verändern.

Die DDR folgte der westdeutschen Staatsgründung wie in einer Art weltpolitischem Kontratanz. Dabei muss man sich erinnern, dass schon die Sowjetisierung der SBZ 1945 und die Schaffung der SED 1946 die gesellschaftliche Teilung bewirkt und dem «Ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat» vorgearbeitet hatten. Lange Zeit existierte er wie auf Abruf. Durch den Mauerbau 1961 am Auslaufen gehindert, bot er für die Dauer einer Generation das Bild betonartiger Stabilität. Jetzt ist der alten SED-Herrschaft die sowjetische Bestandsgarantie entzogen, die Loyalität der Bürger ist zu Ende, die moralische Legitimation der Regierung aus «Antifaschismus» und sozialen Wohltaten dahin. Die DDR ist auf einer ungewissen Bahn, innen- und aussenpolitisch. Das Ziel aber ist nicht nur eine Frage der Zeit, der Überlebensfähigkeit Gorbatschows und der Ausstrahlung der polnisch-ungarischen Reformen. Zuletzt und vor allem ist es eine Frage der westlichen Intelligenz und Vernunft und der Fähigkeit zum grossen europäischen Entwurf.

Denn um Europäisierung der Deutschen Frage, das heisst europäische Antworten und Einbindung des Deutschlandproblems geht es noch immer, und darum allein. Die gegenwärtige deutsche Mund-zu-Mund-Beatmung wird vom Rest der Welt wahrgenommen als leidenschaftliche und weltvergessene Umarmung. Eine isolierte Deutschlandpolitik der Bundesrepublik aber wäre sehr schnell sehr einsam und von Misstrauen umstellt. Noch immer gilt das Wort Henry Kissingers, mit dem dieser 1972 die «Neue Ostpolitik» begleitete: *«Die Bundesrepublik Deutschland allein verfüge nicht über die Macht, ihre Ostpolitik auf rein nationaler Basis zu verfolgen. Ohne den militärischen Schirm des Bündnisses wäre sie insbesondere in der Berlin-Frage, aber auch sonst in ihrer Existenz gefährdet. Sie sei also eindeutig in ihrer Sicherheit von der Unterstützung ihrer Verbündeten, insbesondere der Vereinigten Staaten, abhängig. Die Ostpolitik könne nur dann Erfolg haben, wenn sie gleichzeitig getragen sei vom westlichen Bündnis. Andernfalls wäre*

es der Bundesrepublik nicht möglich, die Sowjetunion zu echten Kompromissen zu veranlassen» (Aufzeichnung Dr. Kurt Birrenbach).

Für die Einheit à la Bismarck, nur in verkleinerter Form, hätte die Bundesrepublik der Sowjetunion wenig zu bieten ausser ihrer eigenen Existenz. Das aber wäre nicht nur absurde Umkehrung der Geschichte seit 1945, Zerfall Westeuropas, Verfall der Wohlfahrtsdemokratie. Es würde auch die Sowjetunion in grösste Verlegenheit versetzen, die zur Zeit mit sich selbst beschäftigt ist und mit der Transformation eines Imperiums, das es ablehnt, noch eines zu sein.

Mit der Sowjetunion leben

Die deutsche Teilung indessen so, wie sie ist, hat nicht länger Bestand. Aber daraus folgt nicht, dass die deutsche Einheit sich von selber macht oder mit der Uhr in der Hand zu machen ist. Die Übergänge aus dem Status quo und die Zielbestimmung des Weges bleiben auf Jahre hinaus eines der grossen Themen der Deutschen und Europas, ja der Weltpolitik, zusammen mit der Frage, wie einerseits den amerikanischen Sicherheitsgarantien qua NATO Dauer zu geben ist und wie andererseits mit der Sowjetunion *unter* Gorbatschow und *nach* Gorbatschow im Guten zu leben ist. Die Antwort ist nicht allein aus der Rüstungskontrolle zu erhalten, und auch nicht aus scheinbaren Symmetrien herzuleiten: Es geht um die Frage von Sicherheitsstrukturen, die jenseits von «Eindämmung» und Kaltem Krieg liegen, aber zugleich berücksichtigen, dass Russland die beherrschende eurasische Macht bleibt; dass nukleare Supermacht der Balance durch nukleare Supermacht bedarf, und dass ohne die Nordamerikaner nicht allein der KSZE-Prozess scheitert, sondern dem Wandel in Osteuropa auch das westliche Widerlager fehlt. Das alles erfordert Mut, Geduld und Augenmass und einen kalten, von Wunschdenken unverstellten Blick auf Europas Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In der Mitte aber bleibt Deutschland.

Die deutsche Form wird jetzt als Konföderation beschrieben, auf Deutsch: Vertragsgemeinschaft. Den Freunden der staatlichen Einheit kann dies als Erfüllung ihrer Wünsche gelten, und den Gegnern auch. Wer Wiedervereinigung sagt, muss zuerst sicher sein, dass die Demokraten des 9. November sie wollen. Und dann muss er nach Moskau gehen und den Demendeur machen, und dann wird er gefragt, was er denn zu bieten habe. Und da ist ausser der Respektierung russischer Sicherheitsbedürfnisse und wirtschaftlich-technisch-finanzieller Entwicklung wenig zu bieten, was nicht an die Existenz des freien Europa geht.

In Wahrheit geht es darum, die Vetoposition des Ostens und des Westens, die einander in Deutschland begegnen, in Schach halten und in Gestalt der Teilung des Landes eingegraben sind in die Landkarten, abzumildern, abzuschleifen, konföderativ und föderativ zu überbauen. Das wird nicht dadurch gehen, dass man dem Rest der Welt die Vetoposition eines bindungslosen, neuen deutschen Souveräns entgegenstellt, der, einmal in die Welt getreten, ruhig und vorbehaltlos überlegt, was von gestern bestehenden europäischen Verträgen und Verpflichtungen heute noch Bestand haben soll — oder vielleicht auch nicht. Das alles wird nur gehen, wenn viel politische Erfahrung sich in viel Bindungswirkung umsetzt, und wenn das deutsche Rapprochement den Nachbarn nicht Sprung ins Dunkle bedeutet, sondern den entscheidenden Schritt zu einem versöhnten europäischen Kontinent und einem stabilen, langfristig berechenbaren Weltverhältnis. Wer anderes glaubt, unterschätzt Gedächtnis und Interesse seiner Mitmenschen. Wenn es ein mächtiges Argument für die deutsche Einheit in Freiheit gibt, dann ist es nicht die Bismarcksche Erinnerung, sondern die stammelnde Freude jenes 16jährigen, der im britischen Fernsehen den Pass mit dem Bundesadler hochzeigte und nur sagte: «*Now I am free*». Und dann das demokratische Pathos jener Hunderttausende, die am Alexanderplatz skandierten: «*Wir sind das Volk.*»

Die Absicherung des Wandels

Die Freiheit ist Kern der Deutschen Frage: damit wird sie ertragbar für Europa und lösbar für die Deutschen. Als Staatenrevolution Europas bleibt sie, mit oder ohne Michail Gorbatschow, blockiert. Deshalb ist auch gewiss: Die deutsche Vereinigung, wenn sie denn denkbar und erreichbar würde, wird erst Gestalt annehmen, wenn sie aus einem Umsturz des weltpolitischen Systems in der europäischen Mitte zum Stabilisierungsfaktor würde, aus einer Revolution der Machtverhältnisse zu einer wichtigen Nebensache. Daraus aber folgt die Methode, dass nichts frontal zu erreichen ist, mit dem deutschen Kopf durch die europäische Wand, auch nicht durch deutsch-deutsche Sondergeschäfte, und übrigens auch nicht durch sowjetisch-amerikanische Arrangements im geostrategischen Spiel von Jalta bis Malta. Es bleiben nur Einbindung, Vertrauensbildung, Beruhigung, Ausgleich. Dafür war die Zeit nie reifer, nie war dieser Prozess notwendiger: vor allem zur sanften Stabilisierung des revolutionären Wandels. Die Elemente liegen bereit, man muss sie zusammenfügen. Ob dabei die Deutschen wohl beraten sind, sofort und laut von deutscher Wiedervereinigung zu sprechen statt von europäischer, wird uns alle noch beschäftigen. Man muss im übrigen auch sehen, dass eine im Westen unumkehrbar

gebundene Bundesrepublik im Osten viel Vertrauen und Verhandlungsgewicht hat. Ein dem Westen entfremdetes, möglicherweise die DDR einschliessendes, neutralisiertes Deutschland dagegen wäre von Misstrauen umstellt, und mehr als das, würde manche östlichen Emanzipationsprozesse blockieren und früher oder später die westlichen Sicherungssysteme zerfallen lassen. Der Rest wäre neue Reise ins Unbekannte.

Sicherheit ist nicht alles, so hat man gesagt, aber alles ist nichts ohne Sicherheit. Woher soll der absichernde Rahmen dieser Prozesse kommen? Dafür gibt es drei Antworten: aus dem Atlantischen Bündnis, das Nordamerika und seine Garantien als Rahmen und Dach für die europäische Umgestaltung sichert, ergänzt durch einen wachsenden, intelligenten europäischen Pfeiler; aus dem Warschauer Pakt, der in der bisherigen Form militärisch keinen Sinn mehr macht und aus einem militärischen zu einem politischen Sicherheitssystem sich umgestalten kann und wahrscheinlich wird, weil sonst die Widersprüche zu gross werden; drittens endlich aus der mit weiteren Aufgaben auszustattenden KSZE-Konferenz, die erfunden wurde zur europäisch-atlantischen Sicherung der «Neuen Ostpolitik», dann das Bild des Westens nach Osten projizierte und heute, endlich, zu einem Diplomatenkongress geworden ist, der Anpassungen und Veränderungen sondieren, durchdenken und verhandeln kann, den neutralen und nicht gebundenen Staaten Einfluss und Gewicht verleiht und der den Staaten des östlichen Zentraleuropa die Artikulation ihrer Interessen erlaubt. Die KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn im März / April 1990 kommt wie bestellt.

Darüber hinaus aber bietet konventionelle Rüstungskontrolle in Wien den Schlüssel zur Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse und der politischen Architektur. Die Rote Armee hatte lange Zeit vier Aufgaben: Einparteiendiktaturen abzustützen, den Westen in Krisen zur Geisel zu nehmen, das Glacis des Mutterlandes zu halten und durch das äussere Imperium das innere zu bewachen. Die Demokratisierung Polens, Ungarns, der DDR und der CSSR, dazu die Reduzierung durch VKSE I und die folgenden Abkommen nimmt die ersten beiden Funktionen weg und macht die beiden letzten fragwürdig. Was folgt daraus? Nordamerikanische Präsenz und Berücksichtigung russischer Interessen werden noch lange einen Rahmen der Stabilität definieren. Aber politische Reformen im Osten und Rüstungskontrolle zwischen Ost und West werden und müssen NATO und Warschauer Pakt einen anderen und neuen Sinn geben durch kooperative, mindestens abgestimmte Sicherheit.

Eine ergänzende Bemerkung zur westeuropäischen Sicherheitsdimension: Es ist umstritten, ob die Europäische Gemeinschaft eine Verteidigungsdimension entwickeln soll; die Sicherheitsdimension dagegen ist unausweichlich, von der Entwicklung von Hochtechnologien über die Roh-

stoffsicherung bis zu den bedrohlich wachsenden und längst zu internationalem Konfliktstoff sich aufstauenden Umweltproblemen. Im übrigen aber muss die Gemeinschaft wohl, gerade weil die militärischen Allianzen noch eine Rolle zu spielen haben, Maschine des wirtschaftlichen und sozialen, des politischen und moralischen Wandels sein. Darauf können die Kreml-Führer sich einlassen, heute und morgen. Auf mehr wohl nicht. Wenn die Europäische Gemeinschaft die Verantwortung wahrnimmt, die Länder des Ostens zu assoziieren, dann kann sie das nur tun, indem sie Fragen der Verteidigung erst einmal beiseite lässt. Eines bedingt das andere. Im übrigen kann für die Assoziation Osteuropas notfalls die European Free Trade Association EFTA eine Rolle spielen als half-way-house, allerdings eine EFTA, die durch Verträge mit der EG so gestellt sein muss, dass die ihr zugehörigen westlichen industriellen Demokratien daran Gewinn und Nutzen finden. Die Frage des österreichischen EG-Beitritts ist im neuen Kontext neu zu durchdenken.

Wie immer der Ausgang, es werden die Nordatlantiker weiterhin Bedarf haben an einem «*European pillar*». Daher muss man die Westeuropäische Union ernst nehmen und ihr lebendige politisch-militärische Funktionen zuteilen und sie gegebenenfalls erweitern auf alle europäischen NATO-Staaten. Was dagegen bisher schon aus Kreisen des amerikanischen Neo-Isolationismus der Rechten verlautet, man solle doch den Deutschen Atomwaffen erlauben, diese in eine westeuropäische Abschreckungsmacht einbringen und dann den Westeuropäern alles Gute wünschen, verkennt drei Faktoren:

- die deutsche Unwilligkeit, diese Rolle zu spielen, die nicht mehr, sondern weniger Sicherheit brächte;
- die Bedeutung des NPT und des russischen Interesses daran;
- das Interesse der westeuropäischen Nuklearmächte, welches de Gaulle in die Worte kleidete: «*Le nucléaire se partage mal.*»

Europäische Sicherheit ohne Nordamerika gibt es nicht. Das ist in Westeuropa und neuerdings sogar in Osteuropa weitgehend Allgemeingut geworden. Aber wird es das auch in Nordamerika bleiben? Nicht nur in der Mitte Europas, auch in der Mitte des Atlantiks entscheidet sich das europäische Schicksal.

1992 — ein politischer Ausgangspunkt

Komplementär zur Frage nach dem absichernden Rahmen des Nuklearen, der Pakte und der Rüstungskontrolle bleibt damit die Frage der Bewegungskräfte und Instrumente. Sie lassen sich mit den Begriffen umreißen:

Integration und Assoziation. Integration im Westen, Assoziation nach Osten. Die Europäische Gemeinschaft wurde, nach der Vorstufe der Montanunion, nicht in erster Linie gegründet als Club wohlhabender Leute zur weiteren Bereicherung, sondern als Rahmen europäischer Architektur, in dem die wirtschaftlichen Potentiale verschweisst, die wirtschaftlichen Interessen verrechnet werden sollten und in dem vor allem das deutsche Potential beides finden sollte und fand, Beruhigung und Entfaltung. Die wirtschaftliche Integration war Mittel der politischen Vernunft und Stoff der westeuropäischen Nachkriegsordnung. Heute muss dringend davor gewarnt werden, die Wirtschafts- und Währungsunion mit weniger Priorität zu versehen als die Öffnung nach Osten. Sonst entsteht Entfremdung im Westen und Impotenz nach Osten.

1992 ist durch die Revolutionen Osteuropas aus einem wirtschaftlichen Ziel zu einem politischen Ausgangspunkt geworden. Denn die Verantwortung für das Schicksal der Europäer auf der anderen Seite des rostenden, löchrigen Eisernen Vorhangs kommt neu hinzu. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW hat als Hegemonialinstrument ausgedient; zur Absicherung östlicher Volkswirtschaften gegen ihr strukturelles Malaise aber taugt er nicht. Was soll an seine Stelle treten? Der Warschauer Pakt kann vielleicht noch Rahmen kollektiver Sicherheit sein, sofern die militärische Dominanz der Sowjetunion zurückgenommen wird. Wirtschaftliches Verbindungselement kann er nicht sein. Mithin gibt es keine östliche Friedens- und Integrationsordnung. Der Europäischen Gemeinschaft und auch der EFTA wächst damit unausweichlich eine Aufgabe als «*fédérateur*» zu, die sie sich nicht gewünscht haben und für die bisher auch Konzepte und Instrumente fehlen. Dabei ist der Zeitfaktor wichtig. Die Demokratie in den Ländern Osteuropas braucht Jahrzehnte, um sich zu konsolidieren und wirtschaftliche Erfolge zu sichern. Dafür hat sie allenfalls zwei, drei Jahre Zeit. Doch ist es im Lebensinteresse des Westens, dass Polens demokratischer Aufbruch gelingt, und der in Ungarn ebenso. Denn misslingt dieser Aufbruch, dann ist der Preis, den man zu bezahlen haben wird, höher als alles, was man billigerweise heute hätte investieren können.

Wenn ein Imperium zerfällt, war es noch nie ein Zuschauersport. Bisher fügte es sich, dass Revolution von oben und Umbruch von unten im Sowjetimperium das Ost-West-Verhältnis nicht nur nicht belasteten, sondern verbesserten. Dass dies so bleibt, dafür fehlt die Garantie. Was aber der Westen tun kann — von der Bewahrung seiner Sicherheit bis zur Rüstungskontrolle, von wirtschaftlicher Kooperation bis hin zum gemeinsamen Angehen der «*global challenges*», die Gorbatschow nicht anders als die NATO-Häupter an die Spitze der Agenda setzen —, das muss er tun. Nicht aus Altruismus, sondern aus aufgeklärtem Selbstinteresse.

Wir leben an einer Zeitenwende. Die globale, bipolare und nukleare Nachkriegsordnung zerfällt, und eine neue, bessere Ordnung ist in Umrissen, in Hoffnungen und Entwürfen zu erkennen. Einen solchen Entwurf, ausgehend von der Deutschen Frage in Europa, gilt es heute zu skizzieren. Was aber diese Frage betrifft, so lässt sich soviel sagen: sie wird nicht am Anfang dieses Wandels ihre Antwort finden, sondern erst an seinem Ende, und nicht in den nationalstaatlichen Begriffen des 19. Jahrhunderts, sondern auf den Integrationswegen des 21. Jahrhunderts. Die Nationen werden bleiben, die Nationalstaaten nicht zum Restwert absinken. Darauf muss man sich einstellen. Vorerst aber gilt die Warnung eines Staatsmanns, der viel verstand von Deutschlands Lage am Kreuzungspunkt der europäischen Kraftlinien und Interessen: Bismarck. *«Hinter der wortreichen Unruhe, mit der Leute ausserhalb der Geschäfte nach dem Stein der Weisen suchen, der sofort die deutsche Einheit herstellen könne, verbirgt sich in der Regel eine flache und jedenfalls impotente Unbekanntschaft mit den Realitäten und ihren Wirkungen.»* Dies wurde 1869 geschrieben. Was folgte, macht keine Lust auf ein Encore.

Die deutsche Einigung kann kommen durch das Selbstbestimmungsrecht in Verbindung mit einem grossen Entwurf für Westeuropas Zusammenhalt, Amerikas Präsenz und Russlands Sicherheit. Sie kann auch aus Krise und Chaos kommen, doch das kann niemand wollen. Vorerst aber haben die Deutschen und ihre Nachbarn noch genug zu tun mit dem, was zwischenstaatliche Innenpolitik in Europa Ost und West bedeuten kann und muss.